

Ausgewählte Leitlinien der Außenpolitik der Regierung der USA gegenüber den Ländern Lateinamerikas (Thesen)

Günter Buhlke

Eine Gefahr für die Welt ist aufgezogen. Ihre Ausbreitung blieb von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt. Sie lauert in den 1738 Milliarden US \$ Militärausgaben weltweit nach Berechnungen des Sipri Instituts (2013) und zum anderen steckt sie in den seit 1914 kaum veränderten Ursachen von Kriegen, die meist in wirtschaftlichen Interessen liegen. Susanna Böhme-Kuby nimmt den 125. Geburtstag des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky zum Anlass um auf die alarmierenden Signale aufmerksam zu machen. (s.Ossietzky, 20/2014). „Die Kriegsfrage ist wieder offen“ stellt sie fest und „wir beschäftigen uns nur ungenügend damit, obwohl die Zeichen an der Grenze zu Russland, in Syrien, Libyen, Gaza und in anderen Regionen der Welt deutlich sind“. G. Zwerenz ergänzt, „2014 wird des Ersten Weltkrieges gedacht und der Zweite in den Dritten fortgeführt. Heutige Friedens-Nobelpreisträger befehlen die Völker in neue Schlachten. Denn ohne Waffen und Blutvergießen funktionieren weder Kapital noch Religion“.

Rechtsbrüche (der anderen) dienen zur Rechtfertigung militärischer Auseinandersetzungen. Die Verletzung der Menschenrechte (der anderen), jeweils nach eigener Auswahl, und der Bruch internationaler Verträge werden ins Feld der Argumente geführt. Wohl mit der Absicht die Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO zu überzeugen. Der Rat besitzt als einzige Institution der Welt das Mandat, militärische Einsätze zu beschließen. So wollten es die Mütter und Väter der Gründung der UNO 1947, noch im Schatten der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Humanistische Politiker der USA streben grundsätzlich die Achtung der Friedensprinzipien an. Doch was besagen die Leitlinien der praktischen Politik der Administration in Washington, die von den Interessen jeweiliger Machtgruppierungen getrieben wird?

1. Die außenpolitischen Strategien der nordamerikanischen Regierung richten sich prinzipiell nach den Interessenlagen der wirtschaftlichen und politischen Machtgruppierungen, vertreten durch die jeweiligen Mehrheiten im Repräsentanten Haus, dem Senat und in der Administration des Landes. Sie folgen den Wünschen der in Lateinamerika tätigen Transnationalen Konzerne und der Logik der Kapitalverwertung. Als Wirkungsrahmen nutzen sie nach Beendigung (?) der Ost-West Konfrontation die gegenwärtig herrschenden Bedingungen einer „unipolaren Welt“ zum eigenen Vorteil.

- Die **erste** Prämisse lautet: Amerika den (Nord) Amerikanern. Begründet bereits 1823 vom damaligen Präsidenten James Monroe. Die nach Monroe benannte Doktrin betrachtet den ganzen amerikanischen Kontinent südlich ihrer Grenzen als ihre Einfluss- und Hegemonie-sphäre. Ursprünglich sollte die Doktrin die europäische Konkurrenz im 19. Jahrhundert von Lateinamerika abwehren, nachdem Spanien seine dortigen Kolonien aufgeben musste. Die USA beanspruchen bis zur Gegenwart in Süd- und Mittelamerika eine volle Handlungsfreiheit für sich, mit dem Recht, alle Methoden des Ausbaus ihrer Position anwenden zu können; mit politischer Einflussnahme in all ihren Facetten und mit militärischer Gewalt.

1904 präziserte Präsident Theodore Roosevelt die Doktrin: „.....ständiges Unrecht und Unfähigkeit einer Regierung könnte die Interventionnotwendig machen“.

Die Geschichte beweist die Anwendung der Monroedoktrin. Immer dann, wenn die USA ihre wirtschaftlichen Handlungsräume eingeschränkt sahen. So z.B. 1836 und 1846/48 in Mexiko. Die USA annektierten nach einem Krieg 58 % des damaligen Territoriums

Mexikos. Konkret Texas, Florida, Louisiana, Arizona, Nevada, Kalifornien, Teile New Mexikos, Colorado und Wyoming wurden Teil der USA. Kriegsgrund: Mexiko hatte die Sklaverei aufgehoben. Das störte die in Texas und anderen Gebieten tätigen US Farmer, die mit afrikanische Sklaven ihre Landwirtschaft betrieben. Weitere Beispiele: 1903 wurde für den Bau des für die USA strategische Kanals ein großes Landgebiet vom Staatsverband Kolumbiens abgetrennt und der neue Staat Panama geschaffen. Er bewilligte den Bau. Die unmittelbare Kanalzone erhielt einen Kolonialstatus der USA. Erst 2005 erhielt Panama die politische Souveränität über die Kanalzone zurück, die wirtschaftliche Unabhängigkeit über die Kanalzone jedoch nur teilweise. 1936 intervenierten die USA militärisch in Nicaragua, um eine für sie genehme Diktatur an der Macht zu halten. Die USA sahen Eigentum der transnationalen Unternehmen gefährdet und unterstützten reaktionäre Gruppen, so 1954 in Guatemala, 1964 in Brasilien, 1965 in der Dominikanischen Republik. 1961 sollte Kuba militärisch zurückerobert werden und 1973 wurde das Rad der Geschichte in Chile mit Hilfe der USA zurückgedreht, so auch 1979 in Nicaragua, ab Ende 1980 in El Salvador, 1983 griffen die USA militärisch in Grenada ein, mit der Begründung Bürger der USA sind gefährdet. Sie bombardierten 1998 Panama-Stadt, um den damaligen Präsidenten Noriega zu verhaften. 2014 unterstützen die USA finanziell und konzeptionell die Opposition in Venezuela, um den gewählten Präsidenten zu stürzen. Der Prozess ist noch nicht beendet. Hautgrunde: Venezuela verfolgt das von Hugo Chavèz eingeführte Konzept des Sozialismus im 21. Jahrhundert und gilt als Promotor des ALBA Verbundes, der eine wirtschaftliche Selbstbestimmung seiner Mitglieder anstrebt.

Die **zweite** außenpolitische Prämisse trägt den Namen „Containment oder Truman-Doktrin“. Sie gehört zu den Leitlinien der Außenpolitik seit 1947 und verfolgt zwei grundsätzliche Ziele: Erstens den staatlichen Sozialismus zurück zu drängen, der 1917 in Russland entstanden ist und der nach dem 2. Weltkrieg seine Verbreitung in Europa (Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Tschechei, DDR, Rumänien) in Asien (China, Nord-Korea, Vietnam, Laos) in Afrika (Versuche in Algerien, Angola, Kongo, Guinea, Tansania, Mozambique) und später in Südamerika (Kuba) erfuhr. Zweitens: Die Entwicklungen neuer Alternativen zum Kapitalismus in anderen Ländern, die Konzepte des Sozialismus oder des „Buèn Vivir verfolgen, sollen vom Ansatz her verhindert werden. Die Truman-Doktrin war die Triebkraft des kalten Krieges in der Welt. In Südamerika wurde sie von Militärdiktaturen als Juniorpartner der USA unterstützt.

Eine **dritte** ergänzende Prämisse formulierte am 9.3.1957 Präsident Dwight D. Eisenhower. Sie trägt auch seinen Namen. Einseitig erklärte er die sogenannte Schutzfunktion der USA für Staaten, die sich vom Kommunismus „bedroht“ fühlten. Welcher Staat darunter fällt definieren die USA nach eigenen Gutdünken. Es war die Zeitepoche der Veränderungen in den arabischen und afrikanischen Staaten. Vietnam und Indonesien befreiten sich von ihren französischen und niederländischen Kolonialherren. Latein- und Mittelamerika strebte nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Mit den gleichen irreführenden Begriff „Schutztruppen“ haben deutsche imperialen Kräfte ihre Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert betrieben.

Die Administration bot den konservativen Kräften in den Ländern Waffen, Konzepte und Unterstützung an. Die Doktrin war ein Instrument des kalten Krieges.

2002 aktualisierte Präsident Georg W. Bush die Truman und Eisenhower Doktrine in einem Vortrag vor US Militärs und schuf eine **vierte** Leitlinie „Wir müssen den Kampf in das Gebiet der Feinde tragen, ihre Pläne durchkreuzen und uns den schlimmsten Bedrohungen stellen“. Die aktuellen Auseinandersetzungen in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien u.a., die Politik der Einkreisung Russlands, Chinas, die Schritte zur Ausweitung der NATO bis an die Grenzen von Russland machen deutlich, dass die Worte von G.W. Bush Teil der aktuellen

„National Security Strategy“ geworden sind. Die 2001 von G.W. Bush in Kraft gesetzte „USA Patriot Act“ steht im gleichen Zusammenhang.

Die vier strategischen Doktrinen wurden in Lateinamerika von der taktischen Politik der „Allianz für den Fortschritt“ Kennedy's 1961 und vom Konzept der „ALCA“ Bush's ohne Erfolg begleitet.

Die vorgenannten Leitlinien stehen auf der aktuellen Agenda der USA für Lateinamerika, aber auch weltweit beispielsweise bei den Verhandlungen zum transatlantischen Handelsabkommen TTIP. Auffällig ist bei militärischen Auseinandersetzungen das Bemühen der USA, andere gleichgesinnte oder abhängige Staaten in den Konflikt ein zu beziehen. Das bezeugen die aktuellen Konfliktherde in der Welt. Die Ausweitung der Nato in Osteuropa verlaufen nach dem gleichen Muster. Alle westlichen Industrieländer und abhängige Staaten unterstützen die Politik der USA.

Ungehemmt wurde und werden internationales Recht und Vereinbarungen gebrochen oder Meinungen ignoriert.

Beispiele: Die Vollversammlung der UNO hat seit vielen Jahren mit großer Mehrheit den Wirtschaftsboykott der USA gegen Kuba verurteilt. Der Boykott besteht noch 2014. Die Weltgemeinschaft hat im Rahmen der UNO zugesagt, die 3. Welt mit 0,7 % ihres BIP zu unterstützen. Die westlichen Industrieländer liegen bei 0,4 %. Die Millenniumsziele der UNO, z.B. Bekämpfung der extremen Armut werden bis 2015 nicht erfüllt werden.

Ein weiteres Beispiel für Wortbrüche: Die NATO unter Führung der USA hatte zugesagt, dass keine nennenswerten Kampftruppen der NATO in den ehemaligen sozialistischen Ländern stationiert werden. Die Zusage wird nicht eingehalten und das Ergebnis sind die aktuellen Spannungen in der Ukraine. Die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen in Polen und Bulgarien sind Teil des Wortbruchs.

Unter Beachtung der Geschichte kann davon ausgegangen werden, dass die USA auch in Zukunft ihren Doktrinen folgen werden.

2. Zur Durchsetzung der Leitlinien hat sich die Administration starke Instrumente und Institutionen geschaffen. Dazu gehören:
 - Der Neoliberalismus als Handlungskonzept der großen Kapitalgruppen, das in Chile seine erstes Experimentierfeld hatte
 - Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)
 - Der Washington Konsens für Lateinamerika
 - Der US Dollar als internationale Leit- und Reservewährung
 - Den Mechanismus der Staatsverschuldung zum Ausbau der wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeiten
 - Der Internationale Währungsfonds mit einer beherrschenden Mehrheitsbeteiligung der USA. Die Ratingagenturen, die die Geschäftsmodelle mit der Verschuldung steuern
 - Das Helms-Burtongesetz, das jeden bestraft, der mit Kuba direkt oder indirekt Handel treibt
 - Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) zur Durchsetzung der Kontrollen über die Einhaltung von Sanktionen gegen Staaten (z.B. Kuba, Iran, aktuell Russland) und interner Gesetze der USA, z.B. die Helms-Burton-Act. Die Gesetze sollen konkurrierende ausländische Unternehmen abhalten, Sanktionen zu umgehen.
 - Die NATO als militärischer Arm. Das Südkommando und die 4. Flotte für Lateinamerika
 - Für Lateinamerika sind weitere spezielle Abkommen und Bestimmungen zu beachten. Z.B. Vereinbarungen zu Währungsfragen (z.B. Festlegungen zu den Paritäten), zur Migration, zum Drogenhandel, zur militärische Zusammenarbeit, geltende OAS Beschlüsse
 - CNN mit der Satellitentechnologie zur Steuerung der politischen Meinungsbildung in Lateinamerika, zur Einflussnahme und zur Diskreditierung

- NSA zur Informationsbeschaffung, CIA mit unterschiedlichen Aufgaben

Alle vier Leitlinien sind zu beachten, wenn über die wirtschaftliche und politische Situation lateinamerikanischer Länder debattiert wird, aktuell über Venezuela mit den sanften Putschversuchen, Kuba mit seinen Schritten zu Veränderungen, Kolumbien mit dem Friedensprozess, Ecuador in seiner Auseinandersetzung mit dem Erdölkonzern Chevron, Bolivien mit den Schritten zur wirtschaftlichen Stabilisierung und seines Sozialprogramms, Argentinien mit seinem Kampf gegen Hedgefonds, die das Zahlungsmoratorium der Regierung nicht akzeptieren, Nikaragua mit dem Kanalprojekt, Mexiko mit der Privatisierung des Erdölsektors.

Die Leitlinien sind zu beachten, wenn über den Verbund der Alba Länder, über die Entwicklung des Weltsozialforums Sao Paulo, über die Rolle Brasiliens und die Politik der BRICS Länder geurteilt wird.

Illusionen über eine Außenpolitik, die von den Leitlinien abweichen könnte, führen zu falschen Schlussfolgerungen.

3. Die US Administration hält für lateinamerikanische und andere Länder besondere Szenarien bereit, um alternative oder nicht genehme Entwicklungen zu schwächen oder zu verhindern. Die Methoden sind langjährig erprobt und sie stehen je nach Situation zur Verfügung:

- Die politische und wirtschaftliche Destabilisierung der entsprechenden Länder
 - Das Konzept niederschwelliger Konflikte (Low Intensity Conflicts- LIC)
 - Mit TV und Printmedien werden Fortschrittskräfte diskreditiert.
- Halbwahrheiten, Lügen, Verleumdungen gehören zum Arsenal der Medien, die meist monopolartig in privaten Händen liegen.

- Lücken im Angebot von Versorgungsgütern werden organisiert. Sie schaffen Unzufriedenheit in der Bevölkerung und in der mittelständigen Wirtschaft. Die Inflation wird angeheizt. Hausfrauen und „weiße Damen“ werden zu Demonstrationen aufgefordert.
- Bei negativen Erscheinungen wird die Schuldfrage der Fortschrittsseite zugeschoben.
- Teile des Beamtenapparates üben Verweigerung, Professoren beeinflussen ihre Studentenschaft.
- Es werden Störhebel des Wirtschafts- und Alltagsleben bedient. So auch Blogger geködert.
- Mit der Flucht des Kapitals ist zu rechnen, ebenso wie mit der Senkung der Ratingraten, die internationalen Kredite verteuern und das Vertrauen unterminieren. Beispiele: Argentinien und Venezuela wurde 2014 auf das C-Niveau der Ratingagenturen abgesenkt. Das bedeutet in der Börsensprache Ramschniveau.
- Der wirtschaftliche Boykott wird seit Jahren praktiziert. Sanktionen werden verhängt.
- In einer höheren Stufe werden Spannungen und möglichst Chaos herbei geführt und Situationen geschaffen, die den Interessen der USA oder der transnationalen Konzerne schaden könnten. (siehe Venezuela)
- Der hohe Klerus wird als moralische Instanz bemüht, um die alten Zustände zu bewahren.

Gegenwärtig versuchen die USA mit der neu gegründeten „Pazifischen Gemeinschaft“ (Mexiko, Costa Rica, Kolumbien, Chile, Peru) einen Gegenpol zum ALBA Verbund zu formieren.

Bei den militärischen Auseinandersetzungen ist seit den Kriegen im Irak und Afghanistan auffällig, dass die USA Verbündete und abhängige Staaten in die Konflikte einbezieht. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates ist nicht immer erreichbar. So soll wohl das moralische Ansehen der USA möglichst keinen Schaden erleiden.

Für die Fortschrittskräfte der lateinamerikanischen Länder kommt es darauf an, die Szenarien und Leitlinien frühzeitig zu erkennen. Es sind Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Eigene Fehler, die Anlass zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung und Chaos in der Wirtschaft hervorbringen, sind

kritisch zu bewerten und mutig zu korrigieren. Vor falschen Beratern ist zu warnen. Lateinamerika gibt der Weltgemeinschaft Hoffnung.

Die Außenpolitik ist in der modernen Zeit ein vernetztes und komplexes Gebilde aus Wirtschaft, Rechts- und Kulturbeziehungen, militärischer Macht, geheimdienstlichen Methoden. Sie erschöpft sich nicht in den 4 Leitlinien.

Das Zeitfenster zur Abwehr eines kriegerischen Flächenbrandes, der gegenwärtig droht, ist nur noch ein Spaltbreit offen. Die Hoffnung ruht auf humanistischen Kräften und ihrem Einfluss auf die Machthaber aller Seiten. Eric Hobsbawm gibt uns Hinweise. „Es gehört zu unserem Leben uns immer wieder zu fragen, wohin uns die Zukunft führen wird. Doch unsere Aussage über die Zukunft muss sich zwangsläufig auf unsere Kenntnis der Vergangenheit gründen. Zukünftige Ereignisse müssen mit vergangenen in einem Zusammenhang stehen.“

Erfahrungen und Kriegserlebnisse lösen in Afrika und im Vorderen Orient zur Zeit enorme Fluchtbewegungen über gefährliche Wege nach Europa aus. In Bangkok, Kiew und Hongkong protestieren Tausende, die mit ihren Politikern unzufrieden sind. Und Deutschland???

Die Leitlinien der deutschen Außenpolitik unterscheiden sich in den Zielen und Instrumentarien kaum von denen der USA. Sie werden vielfach von medialen Rauchschwaden der bürgerlichen Medien verdeckt. Die Gedenkrede der Politiker aus Anlass des Beginns des ersten Weltkrieges machen das deutlich. Der Bundespräsident bot in seinen diversen Reden Musterbeispiele. Statt zu fordern, das Friedensgebot des Grundgesetzes einzuhalten oder die Friedensbotschaft seiner Kirche stärker zu artikulieren, fordert er, Deutschland solle international eine stärkere militärische Rolle spielen.

Anbetracht der internationalen Bedrohungssituation wäre es von Pfarrer Gauck angebracht gewesen, aufzufordern, dass die Kirchen wöchentlich - jeden Sonntag - zum Friedensgebet einladen würden. Solange, bis der Bundestag seine Beschlüsse zur Entsendung von Soldaten und zur Lieferung von Waffen zurück nimmt. Mit einer Unterstützung der Friedensbewegung und andere Bewegungen, sowie linker Politiker könnte er sicher zu rechnen.

Quellen: „Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart“, Romeo Rey. „Dritte Welt Lexikon“, Dieter Nohlen. „Chronik der Menschheit“ Verlag Harenberg. „200 Jahre politische Unabhängigkeit Lateinamerikas“, Günter Buhlke. „Die Welt Kompakt“ von 14.4.2014. „Die Finanzkrieger“ (OFAC) in der Berliner Zeitung, 10.5.2014. Cuba si Revista, 2/2013. Baseler Zeitung vom 14.6.2014 zu Mafiamethoden der USA. Wochenzeitschrift Ossietzky Nr. 20 2014. Zeitung gegen den Krieg, Nr. 38 Sommer 2014. www.gobiernoonlinea.ve. www.Amerika21.de, www.humboldt.de. www.planificacion.gob.ec, www.uom.mx. Argenpress.info.